

# Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich 6S 260.—, halbjährlich 6S 140.—, vierteljährlich 6S 70.—, monatlich 6S 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / 6S 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St.Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Samstag, 24. Januar 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 12

## FBP: «Unser Volk lässt sich nichts vormachen!»

Die Fortschrittliche Bürgerpartei geht mit Zuversicht in die letzten Tage vor den Wahlen — Bericht vom gestrigen Parteitag in Vaduz

Der Parteitag des Liechtensteiner Oberlandes, der gestern Freitagabend in der Aula der Volksschule Vaduz stattfand, wurde zu einer Manifestation der Geschlossenheit der Fortschrittlichen Bürgerpartei. Getragen von der Erfahrung der älteren Generation und von der spontanen Begeisterung unserer Jugend, geht die FBP als moderne Partei mit einem zeitgemässen Programm und mit fähigen Männern zuversichtlich in die letzten Tage vor den Landtagswahlen am 1. Februar.

Parteivizepräsident Dr. Peter Marxer konnte auch gestern abend Parteifreunde aus dem ganzen Land, vornehmlich aber Delegationen der Ortsgruppen des Liechtensteiner Oberlandes und erneut viele junge Mitbürgerinnen und Mitbürger begrüßen. Als erster Redner ergriff

Bürgermeister Meinrad Ospelt

das Wort. Er begrüßte seinerseits die Versammlungsteilnehmer und gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Residenz zum Schauplatz des Oberländer Parteitages wurde. Wörtlich führte Bürgermeister Ospelt hierauf unter anderem folgendes aus:

«Heute in 8 Tagen werden die Urnen für die Landtagswahlen 1970 bereits geöffnet sein. Sie bilden den Abschluss eines langen und strapaziösen Wahlkampfes, der in mancher Hinsicht mit neuen, moderneren Mitteln geführt wurde. Man hat vor allem von Seiten der Bürgerpartei



eine noch nie dagewesene Sachlichkeit walten lassen. Man hat auf das Erreichte der Vergangenheit hingewiesen und ein klares Arbeitskonzept für die Zukunft vorgelegt.

Wenn man an die persönlichen Angriffe denkt, die bei früheren parteipolitischen Auseinandersetzungen zur Tagesordnung zählten, stellt man diese Entwicklung mit besonderer Genugtuung fest. Polemische Herausforderung und Parteiparolen, die nicht mehr sind, als unkontrollierbare Behauptungen, verfangen besonders bei der jüngeren Generation nicht mehr.

Wenn man bei der Vaterländischen Union heute teilweise immer noch auf den alten Stil baut, so dürfte dies eher aus einer Verlegenheit, als aus einer Ueberzeugung resultieren. Wenn man hinsichtlich der Leistungen und Konzeptionen keine Alternativen aufweisen kann, bleibt wohl nichts anderes übrig.

Wir wären nicht hier, wenn wir geschlafen hätten

Trotzdem darf die Wahl vom nächsten Sonntag nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Ich freue mich zwar, wenn die jungen Leute in unseren Reihen mit einem modernen Programm und viel Optimismus in die Zukunft gehen. Die umsichtige Politik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte schuf eine günstige Ausgangslage für mutige und zukunftsweisende Aufgaben.

Die älteren Parteifreunde in diesem Saale aber werden mir bestätigen, dass es nicht immer so einfach war, aus guten Resultaten noch bessere, modernere zu machen. Die heutige Vaterländische Union hat naturgemäss keinen Grund, auf die Vergangenheit hinzuweisen, die ohnehin für einen grossen Teil unseres Volkes nicht mehr aktuell und entscheidend ist.

In der vollbesetzten Aula der Vaduzer Volksschule fand gestern Freitagabend der Oberländer Parteitag der FBP statt. Unsere Aufnahmen zeigen Ausschnitte aus der Versammlung von gestern Abend. (Photos: Peter)

### Partei der Vitalität!

Eine Partei, die durch sich selbst und durch ihre Mandatsträger imstande ist, innerhalb der doch kurzen Zeitspanne von vier Jahren ein solches Arbeitspensum für Liechtenstein zu bewältigen und gleichzeitig ein Konzept vorzulegen, das die weiteren Schritte für die nächsten Jahre vorzeichnet; eine Partei auch, die in der Lage ist, eine solche Vitalität zu entwickeln, und dabei keine Zeit fand, sich dreidreiviertel Jahre lang mit Wahlen zu beschäftigen, wird auch die Vitalität aufbringen, um erfolgreich aus dem letzten Vierteljahr herauszugehen und den bevorstehenden Wahlkampf für sich zu entscheiden!

Regierungschef Dr. Gerard Batliner an der Delegiertenversammlung der FBP vom 19. November 1969

FBP: Moderne Partei - Zeitgemässes Programm - Fähige Männer:

## Mitbestimmung und Mitbeteiligung!

Die Entwicklung zur Demokratie und zum Rechtsstaat hat auch den arbeitenden Menschen in Liechtenstein aus der Abhängigkeit gegenüber dem Staat befreit. Die Freiheit des Einzelnen und sein Schutz vor der Institution des Staates ist gemäss den Grundsätzen unserer Verfassung gewährleistet.

● Gleichwohl zeichnet sich für den arbeitenden Menschen eine neue Abhängigkeit ab, vor der er frühzeitig zu schützen ist: die Abhängigkeit zufolge der modernen Organisation, von der zunehmenden Technisierung, die seine Person zu manipulieren durchaus in der Lage wäre.

Auch wenn sich in Liechtenstein heute (glücklicherweise) das Problem einer solchen Abhängigkeit noch nicht offenbart und gegenwärtig noch kein brennendes Tagesproblem darstellt, dürfen wir vor den zwangsläufigen Entwicklungen die Augen nicht verschliessen. Wenn wir eine zukunftsweisende Politik verfolgen, müssen wir uns mit diesen Problemen frühzeitig auseinandersetzen. — Unsere Arbeiter, unsere Angestellten und die mittleren und höheren Führungskräfte, die ihren mitentscheidenden Anteil am Erfolg unseres wirtschaftlichen Aufstieges besitzen, sind unseren Einsatz auch in diesem Bereich wert.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, neben dem progressiven Ausbau unseres geschlossenen Sozialgesetzgebungssystems vor allem auch dieser

neuen Bedrohung der Freiheit des Einzelnen ihr besonderes Augenmerk zu schenken.

● Der «Schutz unserer arbeitenden Menschen vor neuen Abhängigkeiten, die seine Freiheit zufolge moderner Organisation und Technik bedrohen» ist als klarer Grundsatz im Programm vom 9. Januar 1970 festgehalten. Arbeitsplatzsicherung, erweiterte Teilhabe am Sozialprodukt, erweiterte Freizügigkeit und die Prüfung der Fragen des Mitbestimmungsrechtes sowie Vorkehrungen für die Sicherheit der Gelder in der Personalfürsorge stehen als Aufgaben vor uns, die gemeinsam mit der Arbeitgeberschaft und den arbeitenden Menschen einer Lösung zugeführt werden müssen.

● Die Gelder der Personalfürsorgeeinrichtungen dürfen nicht im Betrieb bleiben oder dort investiert werden. Sie müssen vom Risiko des Betriebes befreit und entsprechend ihrer Zweckgebundenheit angelegt werden. Ausserdem soll geprüft werden, von wem diese Gelder verwaltet werden sollen, um sie jedem Risiko zu entziehen.

Obwohl vor jeder übermässigen Belastung des liechtensteinischen Arbeitsmarktes gewarnt werden muss, wird auch der Freizügigkeit in der betrieblichen Personalfürsorge besondere Beachtung geschenkt werden müssen. Obgleich diese Freizügigkeit in der Praxis von unseren Unternehmern teilweise gewährleistet wird, fehlt es an eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen.

Mitbestimmung wurde in den letzten Monaten und Jahren vielfach zu einem Schlagwort. Ihre Verwirklichung wird namentlich in unseren kleinstaatlichen Verhältnissen schwieriger sein als in grossen Staaten und muss im Interesse unserer Arbeitnehmerschaft ernst genommen werden.

● Die betriebliche Mitbestimmung in Unternehmen einer gewissen Grössenordnung, insbesondere auf dem personellen und sozialen Gebiet, muss einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden. Zu prüfen wird ausserdem sein, in welcher Form die Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt beteiligt werden kann, sei es durch die Einräumung eines Anteiles am betrieblichen Produktionsvermögen, sei es durch die Uebertragung von Beteiligungswerten am Unternehmen (Arbeitsaktien als zusätzliche Lohnleistung) oder durch einen gesetzlichen Beteiligungslohn.

Wir alle sind uns einig darüber, dass diese Fragen nicht von heute auf morgen und ohne Berücksichtigung der Gesamtinteressen unserer Wirtschaft gelöst werden können. Gerade weil unsere Arbeiter, die Angestellten, die mittleren und höheren Führungskräfte mit ihrem Verständnis und ihrem Verantwortungsbewusstsein für die gesamtwirtschaftlichen Probleme wesentliches zur heutigen Wirtschaftsblüte beigetragen haben, haben sie Anspruch auf eine Beachtung dieser neuen auf uns zukommenden Aufgaben.

